

Sächsische Zeitung

Nr. 186.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 195.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 22. April 1902.

Verlagspreis für Halle und die Bezugsgebiete 2.00 Mark, durch die Post bezogen 2.40 Mark für halbjährige Bestellungen. Die halbjährige Bestimmung enthält mindestens 20 Nummern. — Preis für den Abnehmer: halbjährlich 10.00 Mark, vierteljährlich 5.00 Mark, monatlich 1.60 Mark. — Einzelhefte 10 Pfennig. — Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste (Sonntagsausgabe) veröffentlicht. — Druckerei: Sächsische Zeitung, Halle a/S.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 87.
Telephon Nr. 195.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 2.
Telephon-Nr. Via Dr. 11494.

Die Niederlage der Sozialdemokratie in Belgien.

Die große von der belgischen Sozialdemokratie im Bund mit den übrigen Oppositionsparteien veranstaltete Stimmereibewegung hat namentlich mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiterpartei geendet. Wie der Tagesgraph bereits gemeldet hat, wurde von den verschiedenen Oppositionsparteien eingebrachte Revisions- und allgemeine Stimmrechtsentwürfe von der Kammer in namentlicher Abstimmung mit 84 gegen 64 Stimmen verworfen. Gewiß ist diese Mehrheit von swanzig Stimmen nicht gerade eine überwältigende. Man darf aber nicht vergessen, daß die gegenwärtige konservativ-katholische Parlamentsmehrheit auf Grund des Proportionalwahlgesetzes gewählt wurde, das eben die Bildung allzu starker Mehrheiten verhindert. Wie dem immer sei, so viel mehr zur allgemeinen Genehmigung festgestellt werden, daß das Ministerium Desmet de Broeyer sich von den gemäßigten Volksoberhäuptern, die in Belgien seit Jahren ihr verheerendes Unkraut treiben, nicht einschüchtern ließ, sondern der kühnsten „Wahlschwärzung“ den entscheidenden Widerstand entgegensetzte. Der Erfolg ist auch nicht ausbleibend und hat bewiesen, daß es auch in Belgien nur der Energie der Regierung bedarf, um die Unsurrogatelemente in Schranken zu halten.

Die Frage ist nun heute die, wie die Dinge sich nach der Neuverfassung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts durch die Kammer weiter entwickeln werden. Daß mit Gewaltmaßnahmen und Verhören abhört nichts auszurichten ist, das haben die Arbeiter am Freitag Abend erfahren, als sie sich ansetzten, das Wohnhaus des Kammerpräsidenten Schallact in Konvois zu stürmen. Sie wußten bereits, daß die Bürgerwehr darauf auf die Weiterer schloß, acht derselben tötete und etliche zwanzig andere mehr oder minder schwer verwundete. Ein gleiches Los würde den Sozialisten bevorstehen, wenn sie anderswo zu Gewalttätigkeiten ihre Lust nicht nehmen wollten. Da sie aber wissen, daß die Regierung zum Weiteren entschlossen ist, so sind ernste Unruhen nicht mehr zu befürchten.

Der Generalrat der Arbeiterpartei hat die sozialistische Sache durchaus verloren gegeben. Sonntag Morgen ist er im Brüsseler Volkshaus zusammengetreten und hat nach einem Ems und Verlesen beschlossen, daß die Arbeit von Montag ab allgemein wieder aufgenommen werden solle. Abends wurde ein Aufruf an die Arbeiterbesetzung erlassen, der diese von dem Beschluß des Generalrats in Kenntnis setzte. Somit ist also auch der allgemeine Zustand, von dem die Sozialistenführer sich so viel verprochen, gescheitert. Er hat den Arbeitern nur einen großen materiellen Schaden gebracht und auch die nationale Industrie erheblich geschädigt. Aber das allgemeine und gleiche Stimmrecht hat er ihnen nicht gebracht, und so hat denn die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie eine entscheidende Niederlage zu verzeichnen.

Sehr bedauerlich ist die Haltung der liberalen Arbeiterpartei, die während der ganzen jüngsten Agitationsperiode von Anfang bis zu Ende an der Seite der revolutionären Sozialdemokratie standen. Statt sich über den Sieg der Regierungsgewalt zu freuen, fallen ihre Presseorgane im Chor über die Regierung her und rufen dem Liberalismus, sich an die Spitze der neuen Revisionsbewegung zu stellen. Dies ist um so bedauerlicher, als die sozialdemokratische Partei in ihrer Volksversammlung am Sonntag im Volkshaus den einstimmigen Beschluß faßte, fortan ihre Hauptanforderungen zu sein: 1. Die Einführung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts, 2. Die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, 3. Die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, 4. Die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Diese vier Punkte sind die Hauptforderungen der Sozialdemokratie. Die liberalen Arbeiterpartei hat sich nicht für diese Punkte ausgesprochen, sondern hat sich für die Regierung ausgesprochen. Das ist ein sehr bedauerliches Zeichen.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 22. April.

Militärerklärungen des Prinzen Heinrich. Prinz Heinrich von Preußen, dem Oberbefehl über die dritte Armee der deutschen Flotte, feierte am gestrigen 21. April den Tag, an welchem er vor 25 Jahren in den praktischen Marineunterricht eingetreten ist. Der Kaiser, das gesamte Seeoffiziers-Korps, die Offiziere des Landheeres und das ganze deutsche Volk blühen freudig bewegt auf diese Zeit zurück, in welcher der liebenswürdige Hohenzollernprinz seine ganze Kraft dem Dienst des Vaterlandes gewidmet hat. Der am 14. August 1892 im Neuen Palais in Potsdam geborene Prinz hat sich am 21. April 1877 nach belandener Einbürgerung zum ersten Male bündlich an Bord eines deutschen Kriegsschiffes, und zwar der „Albatros“ begeben. Von 1878 bis 1880 machte er auf der Kreuzerfregatte „Prinz Albatros“ eine Weltreise. Danach legte er die Seeoffiziers-Prüfung ab und besuchte die Marine-Akademie. 1886 wurde er erster Offizier auf dem Panzer „Obenbürg“, 1887 Chef einer Torpedoboot-Division und befehligte von 1888 bis 1895 nach-einander die Kriegsschiffe „Hohenzollern“, „Stern“, „Neumühl“, „Sachsen“ und „Wörth“. In den folgenden Jahren fand er mehrfach vorübergehende Verwendung als Führer von Schiffen,

Divisionen und Geschwadern. Von 1898 bis 1899 war er Divisionen- und Geschwadern-Offizier in Ostasien, seit 1900 steht er an der Spitze des 1. Geschwaders der deutschen Marine. Zum Admiral wurde er am 18. September 1901 befördert. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt war kürzlich auf den Prinzen gerichtet, als er in vollendeter und bezugnehmender Weise sich des ehrenvollen Auftrages unterzog, die Bande der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk fester zu knüpfen.

Aus Anlaß des 25jährigen Dienstjubiläum des Prinzen fand Sonntag Abend an Bord des Linienschiffes „Kaiser Wilhelm II.“ bei Kiel ein Fest statt, an welchem der 2. Admiral des 1. Geschwaders, Kommandant v. Wittich und dessen Offiziere des 1. Geschwaders teilnahmen. Montag früh empfing der Prinz eine Abordnung der fährlichen Besatzung unter Führung des Oberingenieurs, welcher die Glückwünsche der Besatzung darbrachte und eine Spende von 6000 Mark für die Gesellschaft „Seemannswohl“, deren Protektor der Prinz ist, überreichte. Später brachten die Admirale, die Offiziere und Kommandanten der hier liegenden Kreuzfahrtschiffe und die Kommandanten der Marinegruppen dem Prinzen ihre Glückwünsche auf dem Flaggenschiff dar. Mittags fand im Schloße eine kameradschaftliche Vereinigung statt. — Nach in den Räumen des kaiserlichen Jagdschlusses zu Kiel fand ein Festmahl statt, an dem außer dem Prinzen Heinrich nur diejenigen Offiziere teilnahmen, welche gleichzeitig mit dem Prinzen in die Marine eingetreten sind.

Der Kaiser und Oberst Marschall. Der Kaiser „Gauts“ hat seinen Besuch erzählt, der Kaiser habe dem französischen Oberst Marschall während dessen Aufenthalts in Berlin eine Einladung nach dem königlichen Schloß zugesagt lassen. Oberst Marschall habe sich jedoch mit seiner bevorstehenden Abreise entschuldigt. Es handelt sich nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ hier um eine freierfundene Fabel. Der Kaiser hat überhaupt erst am Sonntag in Hannover durch den General-Feldmarschall Grafen von Waldersee, dem Oberst Marschall dort einen Besuch abgelehnt hatte, davon Kenntnis erhalten, daß der Oberst auf seiner Rückreise von St. Petersburg auch in Berlin verweilt hat.

Der Kaiser und die Stiftung Cecil Rhodes. Gegenüber dem Zweifel, ob der Kaiser die Stiftung Cecil Rhodes annehmen werde, da sie für die ungewöhnliche Verpflegung der persönlichen Anwesenheit der Studenten und damit die Verantwortung aufleget, erklärt die „Polit.“ an unterrichtiger Stelle, daß die Annahme der Stiftung seitens Sr. Maj. des Kaisers bereits erfolgt ist.

Der Kaiser traf mit dem Kronprinzen Sonntag Abend 8 Uhr aus Hannover in Berlin ein. Zur Abendstunde waren seine Einladungen ergangen. Montag Morgen unternahm der Kaiser mit dem Kronprinzen den gewöhnlichen Spaziergang im Tiergarten. Heute eine Besprechung mit dem Reichskanzler Grafen v. Bülow und fürte von 10 Uhr ab den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts. Später besuchte Sr. Maj. den neuen Dom.

Auf Befehl des Kaisers wird bei der am 1. Mai d. J. in Gegenwart des Kronprinzen, als Protectors, stattfindenden Eröffnungsfest der Düsselbacher Ausstellung eine Ehrenkompanie die militärischen Ehrenbezeichnungen erweilen. Zu diesem Behufe wird die Kompanie gegenüber der Hauptbühnenreihen aufgestellt nehmen. Der Kronprinz wird, wie wir erfahren, eine besondere Fahrt an Bord des Lloyd-Dampfers „Kronprinz Wilhelm“ unternehmen, sobald der Dampfer von seiner bevorstehenden Nord-Pol-Expedition nach Bremerhaven zurückgekehrt ist. In diesem Zusammenhang wird auch Prinz Wilhelm von Wittich mit großen Gefolge heimkehren. Eine Kreuzer-Dampferfahrt dieses Monats ist bekanntlich schon vor einiger Zeit geplant gewesen.

Personalnachrichten. Prinzessin Margarethe, die Gemahlin des Prinzen Friedrich Karl von Hessen und jüngste Schwester des Kaisers, feiert am heutigen Dienstag ihren 30. Geburtstag. Aus diesem Anlaß findet in Gegenwart des Prinzenpaars auf der Belvedere der Götterpalast des kleinen Steuerers „H.“ statt, wobei Prinzessin Margarethe die Taufe vollziehen wird. — König Oskar von Schweden wird nach einer amischen Mitteilung am 15. Mai d. J. zu einer mehrwöchigen Anwesenheit in Bad Cems einreisen und bei dieser Gelegenheit mit seinem Gefolge, wie in den Vorjahren, im hiesigen Kurort „Der Schöne“ Wohnung nehmen.

Stimmungsbild am den Reichstage. (Sitzung von Montag, den 21. April.) Die Servisvorlage hat den Verhandlungsstoff des Reichstages nur spärlich bevollstet, selbst zwei Stunden nach dem Beginn der Sitzung sieht man kaum mehr als einige von den Fraktionen ausgesendete Interferenzproben und Plakette, während das Gros ausgehörtlich tragend dahinter lagert. Und doch hat die Frage für recht viele Wähler ein starkes materielles Interesse. Es handelt sich um die Wohnungsverhältnisse der Offiziere und Heeresbeamten. Aber die Vorlage, wie sie von der Regierung eingebracht wurde, findet nur wenig Freunde. Der Nationalallgemeine Hofmann-Dillenburg ist zwar sehr einverstanden mit der Aufhebung der fünften Klasse des Tarifes, aber er fordert doch eine Subdebatte zu grundsätzlicher Prüfung der Vorschläge, und eben so Herr Singer der Weimarer, daß der Kaiser von Staat noch immer nicht genug getan habe. Eifrig sprach auch Herr Richter gegen die Vorlage. Er weiterte dagegen, daß man für das nachfolgende keine Bild mehr habe, daß die Befragung in China aus mehr koste, als der ganze Servis, daß wir

dem Manne gleichen, der unter einem prunkvollen Rock ein versteinertes Gemüt trägt. Auch die bei ihm übliche Rede auf die Autorität des Fürsten Bismarck fehlte der Rede des Tribünen nicht. Als neuer Centrumsführer trat Herr Bodem auf, der zuerst auch auf Liebers alten Stammis Weg nahm. Aus der Rede des rheinischen Centrumsmannes ist die Klage darüber bemerkenswert, daß die Städte Leipzig, Köln und Breslau nicht in die Klasse A aufgenommen worden sind. Abg. Benzmann hat nach, in den Spuren seines Meisters Eugen wandelnd, die Rechenmaßnahme vorgenommen und mit herausgefunden haben, daß der Osten vor dem Westen bevorzugt ist. Die Vertreter der verbindehten Regierungen, Herr v. Fielmann und Herr Graf im Hart, v. Hofmannsdorff-Abwerz, gaben sich alle Mühe, die Vorlage in möglichst gute Beleuchtung zu rücken. Was in der Kommission geschehen wird, mögen die Götter wissen, das es aber nicht den Wünschen der Regierung entsprechen wird, ist sicher. Inzwischen hatte sich die Veranlassung um mindestens ein Zehntel vermindert und die verhältnismäßig normale Befragung trat man in die Befragung des zweiten Gegenstandes, der Vorlage über teilweise Befreiung des fliegenden Gerichtslandes der Weisse, ein. Bisher hatten bekanntlich die Reute von der Feder das „Barred“ gehabt, das man sie an allen Orten vor Gericht ziehen kann, nur ihre Zeitung beim Zeitschrift verbleibt, so daß eigentlich eine permanente Hundstrecke für alle Straßen Deutschlands und der anliegenden Grenzländer zur normalen Ausrichtung eines mit normalen Temperament behafteten Redaktors gehören müßte. In Zukunft soll nur bei der Privatklage gegen eine periodische Druckschrift dieses patriardalische Verhältnis fortbestehen. Herr Wiederberg hat bei diesem Geleg eine gute Stellung. Die Regierung ist dabei nur der Gebende, und der Staatssekretär wies sehr nachdrücklich darauf hin, daß er nur den Wünschen des Hauses entgegenkomme. Die Abgeordneten Geis, Hahn und Dietel waren denn auch mit der Neuordnung ziemlich einverstanden. Herr Biedel und Hünigberg freuten sich als offener Mann für Fragen, auch diesmal keine Fragen zu fassen. „Genosse“ keine hielt sogar den Entwurf für eine Verschlechterung. In später Stunde hatte das Haus noch den zweifelhaften Genuß, die Jungferrede des das Deutsche mangelfest beherrschenden dänischen Redaktors Jessen zu hören. Der hochgewachsene „Schilder“ ergriff natürlich die Gelegenheit beim Schopfe, gleich eine wichtige Dänenrede zu halten, die ihn Graf Valerius wohlwollend, aber entschieden zur Sache rief. Nachdem der Präsident den eifrigen Herrn zum zweiten Male ermahnt hatte, doch nächstes Jahr beim Budget sein Herz ausschütten, und ihn zum dritten Mal mit einem Sachverstand beehrte hatte, nur er fertig und das Haus so es vor, sich zu vertagen.

Stimmungsbild am den Abgeordnetenshaus. (Sitzung von Montag, 21. April.) Heute begann die dritte Sitzung des Etats. Abg. v. Büllow (konf.) kam auf seine frühere Forderung zurück, „wo die schwere Hand des früheren Reichswelchs auf dem Schreitfeld liegt, liegt kein Blatt in eine revolutionäre Debatte“ und betonte, daß er dadurch die aus den Civilsuprematuren hervorgegangenen Beamten nicht habe beleidigen wollen. Abg. Dr. Sattler (nl.) der auf diese Schlußfolgerung hingewiesen hatte, nahm mit Befriedigung von dieser Erklärung Kenntnis. Damit schloß die Generaldebatte. Eine Reihe von Einzelentscheidungen ohne Erörterung erledigt. Beim Etat der Staatsanwaltschaft gab Abg. Dr. Borch (Centr.) seiner Freude Ausdruck, daß für das historische Centuar in Rom 6000 M. mehr in den Etat eingestellt seien. Beim Etat des Kriegministeriums legte Abg. v. Kardorf (fr.) seine Auffassung über die Anforderung an die Genendarm dar. Man nehme vielmehr zu alte und langbeinige Unteroffiziere und gewähre ihnen zu niedrige Gehälter. Beim Etat der Justizverwaltung verließ sich Abg. Dr. Kraus (nl.) gegen eine frühere Bemerkung des Abg. Jürgelen, daß er den Richtern die Schuld an der Verschleppung der Prozesse beigemessen habe, er habe nur die Verteidiger gegen einige Vorwürfe des Justizministers in Schutz genommen. Nachdem noch die Abg. Träger (fr. Wp.) und Werner (nl.) über die neue Gerichtsverfassung gesprochen, wurde der Budgetetat v. 1111111111. Zum Ende d. h. t. a. l. a. g. e. n. verschiedene Anträge vor auf Wiederherstellung der Position 5400000 M. für den Somburger Bahnhof und zwar ein Antrag Bachmann (nl.) auf volle und ein Antrag Dr. Krieger (fr. Wp.) auf vorläufige teilweise Bewilligung. Abg. v. Pappenheim (konf.) rechtfertigte die ablehnende Haltung seiner Partei gegenüber dieser Forderung mit dem nicht übermäßig großen Verkehr Somburgs, dessen Wohnverhältnisse immer noch nicht so schlimm wie anderer großer Städte seien. Minister v. Hilfen bestritt dies und wies den regen Verkehr schätzensmäßig nach, für den der bauliche Bahnhof in seiner Größe genüge. Der Somburger Bahnhof entwerfe den Bahnhöfen von Breslau, Danzig und Königsberg hinsichtlich des Verkehrs; von der Qualität der Reisenden wolle er hier nicht einmal sprechen. Er bitte dringend um Annahme des Antrags Bachmann. Abg. Dr. Krieger (fr. Wp.) begründete seinen Antrag und bemerkte, seine Freunde seien im Wesentlichen für diese Position. Finanzminister Frey v. Rheinbaben legt die Gründe dar, aus denen die Finanzverwaltung ihre anfänglichen Bedenken gegen die Forderung habe fallen lassen. Die Zustände auf dem Somburger Bahnhof seien in Folge des stetig gesteigerten Verkehrs ganz unzulässig. In namentlicher Zustimmung wurde der Antrag Bachmann mit 177 gegen 108 Stimmen abgelehnt, der Antrag Krieger auf Bewilligung einer ersten Rate für Grund-

